

»Gewachsene Ungerechtigkeiten müssen wir anpacken, wenn wir Gleichwertigkeit erreichen wollen«

Interview mit KARL-JOSEF LAUMANN, Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen

Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung wird gerade in der Politik viel beschworen. Doch sieht die Realität oft anders aus. Hürden am Übergang zwischen beruflicher und Hochschulbildung belegen die mangelnde Durchlässigkeit unseres Bildungssystems und auch am Arbeitsmarkt ergeben sich Unterschiede bei der Verwertung der Abschlüsse. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich in ihrem Zukunftsvertrag für NRW in dieser Hinsicht viel vorgenommen, wie Arbeitsminister KARL-JOSEF LAUMANN im Interview erläutert.

BWP »Für uns ist die akademische und berufliche Bildung gleichwertig.« So lautet der erste Satz im Kapitel zur beruflichen Bildung in der Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen für NRW vom Juni 2022. Herr Minister Laumann, welche Botschaft verbinden Sie damit 50 Jahre nach der entsprechenden Empfehlung des Deutschen Bildungsrats?

LAUMANN Man muss eines sehen: Vor 50 Jahren haben rund zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler Abitur gemacht. Heute verlassen fast 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Deutschland die allgemeinbildende oder berufliche Schule mit Hochschulzugangsberechtigung. Das zeigt, dass das Thema Gleichwertigkeit bleibt, sich aber die Rahmenbedingungen grundlegend verändert haben und damit auch die inhaltliche Ausgestaltung. Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag richtungsweisende berufsbildungspolitische Weichenstellungen verankert, die zur Fachkräftesicherung beitragen. Strategisch geht es 1. um die Stärkung der dualen Ausbildung, 2. darum, Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Wirtschaft, den Kammern und den Sozialpartnern zum Berufsbildungsland Nummer eins zu machen, sowie 3. um die Stärkung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund der Fachkräfteoffensive, die wir als Landesregierung gestartet haben. Denn klar ist: Wenn wir die Herausforderungen der Zukunft, etwa den Umbau unserer Wirtschaft zur Klimaneutralität, schaffen wollen, brauchen wir Hände, die anpacken.

KARL-JOSEF LAUMANN

ist seit 2017 Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Nach Abschluss einer Berufsausbildung zum Maschinenschlosser war er zwölf Jahre lang bei einem mittelständischen Landmaschinenhersteller beschäftigt. 1990 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Seitdem nimmt er abwechselnd landes- und bundespolitische Aufgaben wahr.

www.mags.nrw.de; www.karl-josef-laumann.de



BWP Woran macht sich für Sie Gleichwertigkeit fest? Was sind zentrale Kriterien?

LAUMANN Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist ein wichtiges bildungspolitisches Ziel. Dies soll auch für jedermann sichtbar werden. Keine Meisterin und kein Meister muss sich hinsichtlich Wert und Tiefe der Ausbildung hinter Akademikern verstecken. Tatsächlich gibt es aber gewachsene Ungerechtigkeiten, die wir anpacken müssen, wenn wir Gleichwertigkeit erreichen wollen. So gibt es Studentenwohnheime, aber kaum Azubiwohnheime. Auch ist das Studium kostenlos, während Teilnehmer von Meisterprüfungen häufig immer noch hohe Kosten selbst schultern müssen. Deshalb erhalten Absolventinnen und Absolventen einer Meisterprüfung in Nordrhein-Westfalen ab Mitte des Jahres auch eine Meisterprämie von 2.500 Euro.

BWP Gleichwertigkeit wird häufig auch im Sinne von Durchlässigkeit in die hochschulische Bildung verstanden. Führt der Weg zu verantwortlichen Berufspositionen in Deutschland nur noch über die Hochschule?

LAUMANN Ich glaube, dass die Zahl der Karrieren vom Lehrling zum Vorstand oder vom Schlosser zum Minister seltener werden. Das sieht man ja zum Beispiel auch in der Zusammensetzung der deutschen Parlamente. Dort würde ich mir auch wieder mehr Handwerkerinnen und Handwerker – also dual ausgebildete Menschen – wünschen.

Volksvertretungen sollten immer auch ein Spiegel der Gesellschaft sein. Auf der anderen Seite bin ich der Meinung: Durch den akuten und drohenden Fachkräftemangel wird es Arbeitsplätze geben, die erst mal nicht besetzt werden können. Wir brauchen aber Menschen, die anpacken. Ich bin sicher, dass der Fachkräftemangel auch ein Beschleuniger für interessante Karrieren sein kann.

BWP Was erwarten Sie in dieser Hinsicht von Unternehmen, Sozialpartnern und Schulen?

LAUMANN Ich denke, dass es eine Bandbreite an Möglichkeiten gibt, dem Fachkräftemangel zu begegnen und zu versuchen, Schülerinnen und Schüler für die Ausbildung zu begeistern. Unternehmen könnten mittels Schulkooperationen beispielsweise auf Karrieremessen frühzeitig ihre Jobs der jungen Zielgruppe vorstellen und so die Auswirkungen des Fachkräftemangels mildern. Ich würde mich auch freuen, wenn die Schulen beispielsweise unser Programm »Kein Abschluss ohne Anschluss« gleichwertig umsetzen.

BWP Wie aber kann die Wertigkeit beruflicher Bildungsabschlüsse auch im Bewusstsein junger Menschen und ihrer Eltern verankert werden?

LAUMANN Wir müssen erreichen, dass Eltern, die selbst Akademikerinnen und Akademiker sind, es nicht als gesellschaftlichen Abstieg wahrnehmen, wenn ihre Kinder eine Ausbildung machen. Das kann aber nur gelingen, wenn eine Ausbildung die gleichen Aufstiegs- und Gehaltschancen sowie die gleiche Wertschätzung wie ein Studium bietet.

BWP Die Zahlen unserer integrierten Ausbildungsberichterstattung dokumentieren für die letzten 15 Jahre einen Rückgang der dualen Berufsausbildung. Junge Menschen entscheiden sich zunehmend für ein Studium. Lässt sich dieser Trend durch eine verbindlichere Gleichwertigkeitssetzung von akademischer und beruflicher Bildung durch die Politik zugunsten der beruflichen Bildung verändern?

LAUMANN Politik kann dafür werben. Sie kann auch die Ausbildung und die Ausbildungsstätten finanziell fördern oder berufsrechtliche Durchlässigkeit schaffen. Aber klar ist doch auch: Die Frage der Attraktivität der dualen Ausbildung entscheidet sich in den Betrieben – und zwar insbesondere an drei Faktoren: Attraktivität der Tätigkeit, Attraktivität des Arbeitsplatzes und Attraktivität der Vergütung. Auf Meisterebene gleichen sich die Gehälter von Akademikern und Menschen, die eine berufliche Bildung erhalten haben, an. Wenn es aber Branchen gibt, die ihren Mitarbeitern nach der Ausbildung eine Vergütung knapp über Mindestlohn zahlen, dann werden es diese Branchen schwer haben, qualifiziertes Personal zu finden.

BWP Die nordrhein-westfälische Landesregierung kündigt in ihrem Koalitionsvertrag an, den Deutschen Qualifikationsrahmen im Rahmen eines Staatsvertrags zwischen den Bundesländern verbindlich zu regeln. Welchen Beitrag wird dies für mehr Gleichwertigkeit leisten?

LAUMANN Wir sagen ganz klar: Akademische und berufliche Bildung sind für die Landesregierung gleichwertig. Um diese Gleichwertigkeit weiter zu fördern, möchten wir den DQR durch eine rechtliche Verankerung verbindlich aufwerten. Der DQR hat bisher keine Rechtswirkung. Wenn wir aber rechtsverbindliche Regelungen hätten, könnten wir Zuordnungsverfahren deutlich beschleunigen und so die Zahl der Verfahren steigern. Und dann wird doch ein Schuh draus: Im Moment steht man doch allein auf weiter Flur, wenn man wissen will, wo eine Aus- oder Weiterbildung angesiedelt ist. Je mehr Qualifikationen im DQR zu finden sind und je bekannter der DQR dadurch wird, umso transparenter wird doch den Menschen, dass die berufliche und die akademische Bildung gleichwertig sind.

»Wir müssen erreichen, dass Eltern, die selbst Akademikerinnen und Akademiker sind, es nicht als gesellschaftlichen Abstieg wahrnehmen, wenn ihre Kinder eine Ausbildung machen.«

BWP Und durch welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie diese Initiative auf Landes- und Bundesebene?

LAUMANN Was wir vorhaben, ist ein Bohren dicker Bretter. Derzeit befinden wir uns noch in der Ressortkoordination und in der Abstimmung mit dem Landtag. Denn klar ist: Eine Verrechtlichung kann nicht alleine durch das Arbeitsministerium geschehen. Ich denke, wir sind hier auf einem guten Weg, ich muss an dieser Stelle aber noch um etwas Geduld bitten, bevor wir den konkreten Fahrplan vorstellen können.

BWP Welche Akteure werden Sie dazu ins Boot holen? Und wie werden Sie vor allem die Zurückhaltenden überzeugen?

LAUMANN Das MAGS wird sich sicher mit den Akteuren des Arbeitsmarktes sowie mit Sozialpartnern zur Verrechtlichung des DQR austauschen. Den Zurückhaltenden wollen wir die Angst nehmen, dass sie etwas verlieren, wenn der DQR Rechtsverbindlichkeit bekommt.

BWP Herr Minister Laumann, vielen Dank für das Interview.

(Interview: Christiane Jäger und Johanna Mölls)